

40 Jahre Widerstand

„40 Jahre Zwentendorf – Widerstand für die Zukunft“ heißt die Wanderausstellung, die derzeit im Illwerkezentrum Montafon IWZ in Vandans Station macht. Bis Ende September kann die Dokumentation besichtigt werden. Sie wurde 2018 zum 40. Jahrestag der Volksabstimmung im Landhaus-Foyer in Bregenz eröffnet und wird noch an weiteren Vorarlberger Orten gezeigt werden. Illwerke-VKW-Direktor Helmut Mennel und Naturschutzbund-Obfrau Hildegard Breiner laden zum Besuch der Ausstellung ein.

OLIVER HUBER



Integra muss intern kräftig ausmisten

Landesrechnungshof stieß bei Prüfung auf viele Missstände. 31 Empfehlungen zur raschen Umsetzung.

BREGENZ Berechnend oder einfach nur naiv? Auf diese Frage fand selbst Brigitte Egger-Bargehr im Zusammenhang mit der Prüfung der Arbeitsinitiative Integra keine schlüssige Antwort. So viel stellte die Direktorin des Landesrechnungshofs (LRH) aber fest: „Bei einigem war den Verantwortlichen die Tragweite ihres Handelns wohl nicht bewusst.“ Dafür sprach ihr einleitender Satz Bände: „Die Integra zeigt, was strukturelle Schwächen und mangelnde Kontrollen

alles ermöglichen.“ So wurden etwa private Strafmandate aus Geldern der Integra bezahlt. Besonders enttäuscht zeigte sich Egger-Bargehr jedoch darüber, dass entgegen den Beteuerungen der Geschäftsführer nicht alles offengelegt wurde. „Das hat unser Vertrauen in die bereitgestellten Informationen stark beeinträchtigt“, räumte sie bei der Präsentation des Prüfberichts ein. Entsprechend kritisch gingen die Prüfer über die Bücher und förderten allerlei Missstände zutage. Inzwischen wurde von den Gesellschaftern, die VN berichteten, schon mit dem Aufräumen begonnen. Ein nicht in der Buchhaltung aufscheinendes Sparbuch kostete einen der Geschäftsführer bereits den Job. Zudem wurde die Stelle eines kaufmännischen Leiters ausgeschrieben.

Großzügige Sozialleistungen

Die Prüfung umfasste die Jahre 2016 bis 2018 und da die Bereiche Organisation, Kontrolle und Finanzen. Der Handlungsbedarf ist laut LRH groß. Es wurde, wie auch der Geschäftsführer in einer Stellungnahme schrieb, äußerst hemdsärmelig agiert. „Dieser Begriff trifft es genau“, meinte Egger-Bargehr. Fehlende Abrechnungen, großzügige Sozialleistungen (etwa bei der Privatnutzung von Firmenfahrzeugen) und eine lasche Führung der 16 Handkassen sind nur einige der Mängel, die ans Tageslicht kamen. Sie wurden möglich, weil die 2013 aus der Verschmelzung mit anderen Sozialorganisationen entstandene Integra Vorarlberg die Tätigkeitsfelder nie zusammengeführt hat. „Jeder Geschäftsführer leitete seine Teilbereiche weiterhin wie separate Unternehmen“, kreierte die LRH-Chefin an. An dieser Situ-



Brigitte Egger-Bargehr: „So etwas habe ich noch nie gesehen.“ VN/STEURER

ation müsse sich bald etwas ändern. Insgesamt 31 Empfehlungen hat der Landesrechnungshof der Integra zur dringenden Umsetzung ins Stammbuch geschrieben.

Ins Rollen kam der Fall, nachdem bekannt geworden war, dass ein verurteilter Millionenbetrüger mit noch offener Haftstrafe bei der Integra in einflussreicher Position arbeitet. Die beiden Geschäftsführer hatten zwar immer bestritten, dass dieser in einer Bereichsleitung tätig ist, der Rechnungshof stellte jedoch fest, dass ihm sehr wohl eine Sonderrolle zukam. Immerhin entfiel ein Viertel des Umsatzes auf seinen Arbeitsbereich. Gleichzeitig betonte Brigitte Egger-Bargehr, dass sich der entstandene finanzielle Schaden insgesamt in Grenzen hält und nichts unrechtmäßig war. Ein Kopfschütteln entlockte ihr jedoch der Umstand, dass die Eltern des fragwürdigen Mitarbeiters zum Kennenlernen in ein Hotel nach Liechtenstein eingeladen wurden und die Integra den Aufwand zahlte. „So etwas habe ich noch nicht gesehen“, meinte sie. VN-MM

Mehr als die Hälfte der Gelder stammt aus Steuermitteln

Die Integra betrieb zuletzt 21 Standorte. Sie erbringen verschiedenste Dienstleistungen und bieten Bildungs- sowie Qualifizierungsmaßnahmen, um die Chance benachteiligter Menschen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. 2018 lag das Budget bei 15 Millionen Euro. Finanziert wird die Gesellschaft zu

mehr als der Hälfte aus Förderungen und Zuschüssen, die vornehmlich durch das AMS sowie das Land bereitgestellt werden. LRH-Direktorin Brigitte Egger-Bargehr wollte die Leistungen der Integra nicht schmälern, verlangte jedoch explizit einen sorgsam Umgang mit öffentlichen Geldern. VN-MM

REAKTIONEN zum Integra-Prüfbericht



Ich halte die Arbeit der Integra mit Blick auf den Vorarlberger Arbeitsmarkt für äußerst wertvoll. Insofern macht es Sinn, dass das Land die Integra mit Steuergeldern fördert. Ich halte es aber für wichtig, dass von Seiten des Unternehmens die umfassende Zusage besteht, die Anregungen des Rechnungshofs rasch umzusetzen. **Roland Frühstück**, ÖVP-Klubobmann



Wir haben den Landesrechnungshof um Überprüfung der Vorwürfe gegen das sozialökonomische Unternehmen Integra ersucht und sind erleichtert, dass sich sowohl die Betrugsvorwürfe als auch viele andere, parteipolitisch motivierte Unterstellungen als unwahr herausgestellt haben. Wir werden die Empfehlungen des Rechnungshofs umsetzen. **Rainer Keckeis**, AK-Direktor



Unternehmen, die so wie die Integra zum überwiegenden Teil über Steuergelder finanziert werden, haben ordentlich zu arbeiten. Die festgestellten Defizite unterstreichen den Handlungsbedarf. Hier gibt es noch Diskussionsbedarf, und wir werden uns im Rahmen eines Kontrollausschusses umfassend mit dem Bericht auseinandersetzen. **Daniel Allgäuer**, FPÖ-Klubobmann



Um all dies im Detail zu klären, braucht es meines Erachtens einen Kontrollausschuss. Vor allem die Geschäftsführung und der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung haben hier Rede und Antwort zu stehen. Zudem fordere ich die Verantwortlichen der Integra auf, bis zur Kontrollausschussitzung eine Stellungnahme zu den 31 Empfehlungen abzugeben. **Michael Ritsch**, SPÖ-Klubobmann



Kommentar
Johannes Huber

Die große Geldvernichtung

Reale Probleme sind nicht immer Wahlkampfthemen. Ein Beispiel: Von der größten Geldvernichtung seit Langem redet kaum ein Politiker. Dabei gab es diese Woche wieder einmal eine unübersehbare Erinnerung daran: Die US-Notenbank senkte den

ihrem Wert nach dahinschmelzen wie Gletscher in Hitzeperioden. Wobei es summa summarum um Größenordnungen geht, die das Volumen klassischer Steuerreformen übertreffen.

Soziales Konfliktpotenzial

„Sparguthaben schmelzen ihrem Wert nach dahin wie Gletscher in Hitzeperioden.“

Man könnte jetzt lang und breit über die Folgen reden. So wird die Vermögensschere wohl weiter auseinandergehen: Für die einen, die wenig haben, ist es schwieriger, Vermögen aufzubauen. Für die anderen, die schon genügend haben, ist es attraktiver, zum Beispiel auf den Immobiliensektor auszuweichen, wo noch eine gewisse Rendite erzielbar ist. Das hat soziales Konfliktpotenzial.

Leitzins um einen Viertelprozentpunkt auf eine Spanne von 2,0 bis 2,25 Prozent. Ziel: Die Abwendung einer größeren Wirtschaftsfalut. Im Euroraum gibt es einen vergleichbaren Spielraum nicht mehr. Hier beträgt der Leitzins bereits null Prozent.

Umso verwunderlicher ist es, wie hartnäckig das Problem von der Politik ignoriert wird. Klar: Zinsen „machen“ die unabhängigen Zentralbanken, in Europa kümmert sich die EZB darum. Weil es aber um so viel Geld geht, kann das keine Ausrede sein, gar nichts zu tun: Wenn sich der Bund schon x Milliarden Euro an Zinskosten erspart, wäre das ein Grund mehr, im Gegenzug die schleichende Steuererhöhung in Form der kalten Progression abzuschaffen. Doch davon will nicht einmal mehr die Neue Volkspartei etwas wissen, die das 2017 noch ausdrücklich versprochen hat. Was wäre noch möglich? Zu einem Kulturwandel beitragen etwa, der dazu führt, dass sich mehr und mehr Österreicher Veranlagungsformen erschließen, die über das klassische, aber verlustbringende Sparbuch hinausreichen.

Was zur Freude der einen ist, ist zum Leidwesen der anderen: Niedrige Zinsen sind gut für Schuldner. Die Schulden des österreichischen Bundes sind in den letzten zehn Jahren um ein Drittel auf mehr als 200 Milliarden Euro gestiegen. Der Zinsaufwand ist jedoch um mehr als eine Milliarde Euro gesunken. Sprich: Die Ausgaben, die die Finanzminister verzeichnet haben, sind entsprechend zurückgegangen. Das ist ein Teil der sogenannten Budgetwende, mit der sich die bisherige Bundesregierung so gerne rühmt.

Bei den Privathaushalten schaut die Sache anders aus: Ihr Geldvermögen ist mit mehr als 650 Milliarden Euro alles in allem dreieinhalb Mal größer als es ihre Schulden sind. Sie leiden also eher unter den niedrigen Zinsen. Wer, wie fast alle, ein Sparbuch besitzt, weiß, wovon die Rede ist: Seit Jahren übertreffen die Teuerungsraten die Zinssätze. Das führt dazu, dass die Guthaben

JOHANNES HUBER
johannes.huber@vn.at

Johannes Huber betreibt die Seite dieSubstanz.at – Analysen und Hintergründe zur Politik.

Weniger Wahlberechtigte bei der Nationalratswahl

SCHWARZACH Die seit 1945 mit bisher nur zwei Ausnahmen ständig wachsende Zahl der Wahlberechtigten ist heuer erstmals seit 1995 leicht geschrumpft. 2017 waren es noch 6.400.993, heuer sind es (vorläufig) 6.394.201 Menschen. Das sind 6792 weniger, also 0,11 Prozent. Ein Minus verzeichneten Kärnten, Wien und die Steiermark. Vorarlberg und Niederösterreich legten etwas zu. Die beiden anderen Rückgänge in der Zahl der Wahlberechtigten wurden ebenfalls bei Neuwahlen nach nur kurzer Zeit verzeichnet, in den Jahren 1971 (minus 1,22 Prozent) und 1995 (minus 0,10 Prozent).

Prozent auf rund 1000. Da könnten allerdings noch einige dazukommen. Sie müssen für die Teilnahme an der Wahl in der Wählerevidenz eingetragen sein. Diese Frist läuft noch bis 8. August.

Insgesamt handelt es sich bei den am Freitag veröffentlichten Zahlen des Innenministeriums erst um vorläufige. Aktuell läuft noch das Verfahren zur Korrektur der Wählerverzeichnisse. Es wird erst am 23. August abgeschlossen. Dann steht endgültig fest, wer wahlberechtigt ist.

In Vorarlberg leicht gestiegen

In Vorarlberg dürfen 274.234 Menschen wählen, was 1327 mehr sind als 2017. Die Zahl der wahlberechtigten Frauen ist um 516 auf 140.245 gestiegen, jene der Männer um 811 auf 133.998. Die meisten Stimmen werden wieder in Niederösterreich zu holen sein, das mit 1.292.643 Wahlberechtigten mittlerweile deutlich vor Wien mit 1.148.929 Wahlberechtigten liegt. In Niederösterreich wuchs die Zahl um 0,3 Prozent, während sie in Wien um 0,46 Prozent schrumpfte.

Wie schon bei der Wahl 2017 ist der Rückgang auf die Frauen zurückzuführen: Von ihnen sind heuer fast 8000 weniger wahlberechtigt als 2017, während es 1101 Männer mehr sind. 2017 kompensierte der Zuwachs bei den Männern noch das Minus bei den Frauen. Mit 3.299.752 Wählerinnen sind 51,6 Prozent der Wahlberechtigten Frauen. Auch die Zahl der stimmberechtigten Auslandsösterreicher ist geschrumpft, und zwar um 1,84